

24. IHK-Symposium

Wirtschaftsförderung für Kommunen

Ergebnisse vom 27.11.2025

Sicherheit und Verteidigungspolitik – kommunale und wirtschaftliche Handlungserfordernisse

Die sicherheitspolitische Zeitenwende führt bundesweit zu einem erheblichen zusätzlichen Bedarf an militärischer und sicherheitsrelevanter Infrastruktur. Gleichzeitig steigt der Flächendruck in den Kommunen durch Wohnungsbau, Gewerbeentwicklung, Energiewende und Klimaanpassung. Das Moratorium zur zivilen Nachnutzung militärischer Liegenschaften sowie neue Anforderungen der Verteidigungsindustrie erhöhen die Komplexität kommunaler Planung zusätzlich. In Bayern erwirtschaften rund 50.000 Beschäftigte ein Drittel der bundesweiten Wertschöpfung in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Die Branche benötigt jedoch langfristige Verträge und verlässliche Planungssicherheit, um Produktionskapazitäten auszubauen und Flächen strategisch zu entwickeln. Die neue Prioritätensetzung im Bund, mit Verteidigungsausgaben von künftig über 108 Milliarden Euro, verschärft den Wettbewerb um Flächen zusätzlich und stellt Kommunen, Wirtschaft und Bundeswehr gleichermaßen vor große Abstimmungs- und Entwicklungsaufgaben.

Flächen & regionale Entwicklung

Planungsunsicherheit und fehlende Kommunikation:

Das Moratorium zur zivilen Nachnutzung militärischer Liegenschaften sowie weitere sicherheitspolitische Entscheidungen haben in vielen Kommunen zu kurzfristigen Planungsstopps und Verzögerungen geführt. Die fehlende Transparenz über künftige militärische Flächenbedarfe erschwert verlässliche kommunale und wirtschaftliche Entscheidungen.

Steigende Flächenkonkurrenz durch sicherheits- und wirtschaftsrelevante Anforderungen:

Die sicherheitspolitische Flächenbindung, insbesondere dort, wo militärische Standorte nicht mehr für die zivile Nutzung zur Verfügung stehen, verschärft die ohnehin bestehende Konkurrenz zwischen Wohnungsbau, Gewerbeentwicklung, Energieprojekten und kommunaler Infrastruktur. Ohne geeignete Ausgleichsmechanismen verlieren Kommunen wesentliche Handlungsspielräume für wirtschaftliche Entwicklung und regionale Transformation.

Ergebnis:

- Für verlässliche Planung ist eine frühzeitige, transparente und institutionalisierte Kommunikation zwischen Bundeswehr, Freistaat, Kommunen und Wirtschaft erforderlich.
- Notwendig sind klare Ansprechpartner, verbindliche Abstimmungsformate und belastbare Angaben zu Umfang, Prioritäten und Zeitplänen sicherheitsrelevanter Nutzungen.

Ergebnis:

- Für eine langfristig tragfähige Entwicklung müssen sicherheits- und verteidigungspolitische Anforderungen mit kommunaler Planung in Einklang gebracht werden. Dazu gehören die Prüfung gemeinsamer oder temporärer Flächennutzungen, die Entwicklung regionaler Flächenstrategien sowie die Stärkung interkommunaler Kooperationen.
- Entstehende Chancen – etwa durch gemeinsame Nutzung von Einrichtungen, die Vernetzung zwischen öffentlicher Hand, Bundeswehr und Wirtschaft sowie durch die Profilierung von Regionen als sicherheits- und technologieorientierte Kompetenzstandorte – sollten aktiv genutzt werden.
- Sicherheits- und verteidigungsrelevante Investitionen sind systematisch in regionale Entwicklungsprozesse einzubetten.
- Es bedarf klarer Aussagen zum Flächenbedarf der Bundeswehr im Rahmen des personellen Aufwuchses.

Herausforderungen und Chancen für die Wirtschaft



Fehlende Planungssicherheit und Ausbleiben langfristiger Aufträge:

Die derzeitige Gesetzeslage erlaubt es Unternehmen der Verteidigungsindustrie nicht, auf Vorrat zu produzieren. Das verhindert die Nutzung von Skaleneffekten, erschwert die Ausweitung von Produktionskapazitäten und beeinträchtigt langfristige Entscheidungen über Produktions- und Flächenbedarfe.

Ergebnis:

- Schaffung von Investitions- und Planungssicherheit für Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, um langfristige Investitionen in Produktionskapazitäten und Standorte zu ermöglichen.
- Einführung von Ankerverträgen für Start-ups und Scale-ups sowie Festpreisverträgen für KMU, um Innovationen am Standort zu fördern.
- Dual-Use-Projekte wie beispielsweise das Defence Lab in Erding müssen schneller aufgebaut werden. Die Einbindung der Kommunen und der Industrie- und Handelskammern als Drehscheibe zur regionalen Wirtschaft ist essenziell.



Langsame Planungs- und Genehmigungsprozesse und schleppender Ausbau der Produktionskapazitäten:

Die aktuellen Anforderungen treffen auf bereits ausgelastete kommunale Planungs- und Genehmigungsstrukturen. Fehlende personelle Ressourcen, unzureichende digitale Infrastruktur und uneinheitliche Standards erhöhen die Komplexität und verzögern Verfahren. Der Ausbau lokaler Produktionskapazitäten scheitert häufig an komplexen Verfahren und bürokratischen Hürden, etwa durch Naturschutzvorgaben, Sicherheitsabstände oder unklare gesetzliche Regelungen (z. B. die Auslegung des § 37a BauGB).

Ergebnis:

- Umfassende Modernisierung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, einschließlich konsequenter Digitalisierung kommunaler Verwaltungsprozesse, Harmonisierung von Standards sowie verbindlicher Fristen und Genehmigungsfiktionen.
- Zentraler Ansprechpartner in (kommunalen) Verwaltungen für Unternehmen der SVI-Branchen.
- Klare Strukturen zur Stärkung der zivil-militärischen Zusammenarbeit.

Fazit



Sicherheits- und verteidigungsrelevante Entwicklungen besitzen erhebliche Potenziale für regionale Wertschöpfung und Resilienz. Investitionen in Infrastruktur, Forschung und Beschaffung können Standorte nachhaltig stärken und sinnvolle Synergien schaffen.



Nur leistungsfähige, verlässliche und transparente Verfahren schaffen die Voraussetzungen dafür, dass Kommunen, Bundeswehr und Wirtschaft handlungsfähig bleiben. Zugleich ermöglichen verbesserte Rahmenbedingungen die effiziente Bildung von schlagkräftigen Netzwerken aus Industrie, Wissenschaft und Start-ups (z. B. Helsing GmbH und Schaeffler AG; ARX-Robotics GmbH und RENK Group AG).